

Akademiker/in für den Bereich Betrugsbekämpfung Steuer und Zoll (I/9) im BMF

Gemäß den Bestimmungen des Ausschreibungsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 85, in der derzeit geltenden Fassung, wird die Position einer Referentin/eines Referenten im Bereich der Abteilung I/9 (Betrugsbekämpfung Steuer und Zoll) des Bundesministeriums für Finanzen ausgeschrieben.

Blicken Sie selbstbewusst auf Ihr universitäres Fachwissen, arbeiten eigenverantwortlich und sind international orientiert? Verfügen Sie über sehr gute Kenntnisse des Steuerrechts (besonders Umsatzsteuerrecht) oder haben sogar schon fundierte Berufserfahrung in diesem Bereich?

Werden Sie Teil unseres dynamischen Teams! Unterstützen Sie uns bei der Verhinderung und Aufdeckung von organisierter Steuerhinterziehung und Zollbetrug. Sie helfen damit, das Abgabenaufkommen zu sichern, die Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen und die Steuergerechtigkeit zu erhöhen.

In einer modernen und motivierten Abteilung, die international vernetzt denkt und arbeitet, erwarten Sie spannende Arbeitsbereiche – beispielsweise die Entwicklung von Strategien zur effektiven und effizienten Aufdeckung und Bekämpfung von Betrugsszenarien, ebenso enge Zusammenarbeit und reger Informationsaustausch mit unterschiedlichen Behörden im In- und Ausland sowie mit internationalen Gremien.

Wenn Sie Wert auf einen abwechslungsreichen, herausfordernden und international angehauchten Beruf mit Work-Life-Balance legen, dann sind Sie bei uns richtig. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Wertigkeit/Einstufung:	v1
Dienststelle:	Bundesministerium f. Finanzen-Zentralltg
Dienstort:	Wien
Vertragsart:	Unbefristet
Befristung:	
Beschäftigungsausmaß:	Vollzeit
Beginn der Tätigkeit:	ehestmöglich
Ende der Bewerbungsfrist:	01.04.2022
Monatsentgelt/bezug mindestens:	€ 2.907,20
Referenzcode:	BMF-22-0568

Aufgaben und Tätigkeiten

Die Abteilung I/9 Betrugsbekämpfung Steuer und Zoll ist die zentrale Stelle im BMF für strategische

Betrugsbekämpfung im Steuer- und Zollbereich. Zu den Kernaufgaben der Abteilung als Koordinations- und Kontaktstelle zählen die strategische Ausrichtung der Tätigkeitsfelder der Betrugsbekämpfungseinheiten sowie die Rechtsdurchsetzung im Steuer- und Zollbereich.

Der Aufgabenbereich des Arbeitsplatzes umfasst insbesondere:

- Erkennen und analysieren von Betrugsszenarien im Steuer- und Zollbereich, einschließlich strategischer Risikobewertung und Planung
- Teilnahme an internationalen Arbeitsgruppen (EU)
- Lösung juristischer und legistischer Fragen im Zusammenhang mit nationalen und EU-Vorschriften im Bereich der Betrugsbekämpfung (insbesondere Kontenregister- und Konteneinschugesetz)
- Laufende Erledigungen von Anfragen, Stellungnahmen, Ministerinformationen
- Erarbeitung von Unterlagen sowie Mitwirkung bei Schulungen und Präsentationen zu aktuellen Themen in der Betrugsbekämpfung

Als einer der attraktivsten Dienstgeber des Bundes bieten wir:

- Abwechslungsreiches und verantwortungsvolles Aufgabengebiet an zentraler Stelle des politischen Lebens in Österreich
- Angenehmes Arbeitsklima
- Moderne IT-Ausstattung
- Zahlreiche Weiterbildungsmöglichkeiten
- Gleitzeit
- Gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Erfordernisse

- Erfüllung der allgemeinen Aufnahmeerfordernisse gemäß § 3 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ODER Bestehen eines aufrechten Dienstverhältnisses zum Bund
- Österreichische Staatsbürgerschaft oder unbeschränkter Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt
- Männliche Bewerber müssen den Grundwehr- oder Zivildienst (im Falle der festgestellten Tauglichkeit) absolviert haben.

Anforderungsdimensionen
<p>Ausbildung/Berufserfahrung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfolgreich abgeschlossenes Studium aus dem Bereich Wirtschafts- bzw. Rechtswissenschaften, jedenfalls Magister- oder Master- Abschluss • Mehrjährige einschlägige praktische Erfahrung idealerweise im Steuerrecht von Vorteil • Praktische Erfahrung in EU-Institutionen oder internationalen Gremien von Vorteil • Kenntnisse zu administrativen Abläufen in der Verwaltung von Vorteil
<p>Fach- und Managementwissen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sehr gute Kenntnisse des Steuerrechts (besonders Umsatzsteuerrecht) • Gute Kenntnisse der Systematik des EU-Rechts • Erfahrung mit höchstgerichtlichen Verfahren (VwGG, VfGG) • Erfahrung mit Verfahrensrecht (BAO, AVG, VStG) • Verhandlungssicheres Englisch, weitere Sprachen von Vorteil • Sehr gute EDV-Kenntnisse
<p>Lösungs- und Umsetzungscompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Selbstständigkeit, Engagement, Eigeninitiative, Genauigkeit und Eigenverantwortlichkeit bei der Durchführung der übertragenen Aufgaben • Verständnis für steuerrechtliche Problemstellungen und Fähigkeit zur umfassenden Behandlung von Rechtsfragen • Sach- und problembezogener zielorientierter Arbeitsstil • Ausgeprägtes ziel- und lösungsorientiertes Denken • Analytisches Denkvermögen • Fähigkeit, themenübergreifende Zusammenhänge zu erkennen • Sehr gutes schriftliches und mündliches Kommunikationsvermögen: Fähigkeit zur kurzen und prägnanten Darstellung schwieriger Sachverhalte und deren klare Kommunikation • Prozessorientiertes Denken und Verständnis für integrierte, komplexe Sachverhalte, Abläufe und Zusammenhänge
<p>Persönliche Anforderungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sehr gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen • Überzeugungs- und Umsetzungskraft • Ausgeprägte Integrations- und Kommunikationsfähigkeit • Umfassende Kooperationsfähigkeit und Teamfähigkeit • Verlässlichkeit • Belastbarkeit und Flexibilität • Eigeninitiative • Soziale Kompetenz • Ausgeprägte Bereitschaft zur Weiterbildung • Dienstreisebereitschaft

Gleichbehandlungsklausel

Der Bund ist bemüht, den Anteil von Frauen zu erhöhen und lädt daher nachdrücklich Frauen zur Bewerbung ein. Nach § 11b bzw. § 11c des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes werden unter den dort angeführten Voraussetzungen Bewerberinnen, die gleich geeignet sind wie der bestgeeignete Bewerber, bei der Aufnahme in den Bundesdienst bzw. bei der Betrauung mit der Funktion bevorzugt.

Bewerbungsunterlagen, Verfahren und Sonstiges

Gemäß § 71 Abs. 1 Vertragsbedienstetengesetz wird das Monatsentgelt des vollbeschäftigten Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas v durch die Entlohnungsgruppe und in ihr durch die Entlohnungsstufe bestimmt und beträgt mindestens Euro 3.050,20.

Gemäß § 66 Abs. 2 Z 1 Vertragsbedienstetengesetz erfolgt die Einstufung bis zum Abschluss der

vierjährigen Ausbildungsphase in die niedrigste Bewertungsgruppe der Entlohnungsgruppe. Während der Ausbildungsphase gebührt das Monatsentgelt des vollbeschäftigten Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppe v1, abweichend vom § 71 Abs. 1 Vertragsbedienstetengesetz, nach § 72 Vertragsbedienstetengesetz und beträgt mindestens Euro 2.907,20. Es erhöht sich eventuell auf Basis der gesetzlichen Vorschriften durch anrechenbare Vordienstzeiten sowie sonstige mit den Besonderheiten des Arbeitsplatzes verbundene Entlohnungsbestandteile.

Das Auswahlverfahren erfolgt gemäß Unterabschnitt C des Ausschreibungsgesetzes (Aufnahmeverfahren mit Aufnahmegespräch).

Ihre Bewerbung sollte umfassen:

- einen Lebenslauf
- die wesentlichen Personaldokumente
- den Nachweis der in der Ausschreibung genannten Erfordernisse

Sie fühlen sich angesprochen? Dann schicken Sie uns Ihre aussagekräftige Bewerbung inkl. ausführlicher Darlegung, welche der geforderten Qualifikationen Sie mitbringen und warum gerade Sie sich als geeignet erachten (Motivationsschreiben) ausschließlich über das Online-System der Jobbörse.

Kontaktinformation

Abteilung I/2 des Bundesministeriums für Finanzen

